

AKTUELL

EUROBAROMETER

Unsaubere Forschung

David Angel

Diese Woche wurden die ersten Resultate der Eurobarometer-Umfrage vorgestellt. Überraschend sind die Resultate nicht. Die Methoden der europäischen Kommission sind es schon eher.

Im „Joseph Bech“-Saal im „Europa-Haus“ fand sie statt, die Vorstellung der ersten Resultate aus der aktuellen Eurobarometer-Umfrage. Wie wohl der Namensgeber des Saals, ein „großer Europäer“ mit fragwürdigem Demokratieverständnis - erinnert sei an sein gescheitertes „Maulkorbgesetz“ -, die aktuelle wirtschaftliche Lage in Luxemburg und Europa einschätzen würde? Das wird selbst das Umfrage-Institut TNS-IRES nicht mehr herausfinden können.

Doch erst einmal zu den Resultaten der Erhebung, für die 508 Personen in Luxemburg befragt wurden. Georges Bingen, Ökonom und Chef-Vertreter der europäischen Kommission in Luxemburg, interpretierte sie folgendermaßen: „Die Luxemburger sind zufrieden mit der Situation, aber pessimistisch für die Zukunft.“ Für den Chefsoziologen und Meinungsforscher Charles Margue von TNS-IRES, der den anwesenden JournalistInnen während der fast einstündigen Pressekonferenz seine eigenen Interpretationen geradezu aufdrängte, „steckt die Interpretation nicht in den Resultaten“.

Die derzeitige Wirtschaftslage wird von drei Vierteln der Luxemburger Bevölkerung als „gut“ eingeschätzt. Besser noch scheint es um die finanzielle Situation der Haushalte zu stehen: Die finden nämlich 86 Prozent der Befragten zufriedenstellend, während im EU-Durchschnitt nur 63 Prozent dies tun. Was allerdings die Zukunftsaussichten für die Wirtschaft des Landes angeht, so sind nur 17 Prozent der Befragten in Luxemburg optimistisch, 28 Prozent dagegen pessimistisch. In Bezug auf die anhaltende Wirtschaftskrise sind über die Hälfte der Befragten in Luxemburg der Meinung, dass „das Schlimmste noch kommen wird“.

Bei den wichtigsten Problemen Luxemburgs liegt, wenig überraschend, die Arbeitslosigkeit an erster Stelle. An zweiter Stelle kommt die Wohnraumsituation, die in Luxemburg im Gegensatz zum europäischen Durchschnitt (fünf Prozent) von 38 Prozent der Befragten als Problem angesehen wird. Es folgen die wirtschaftli-

che Lage (20 Prozent), die Inflation (15 Prozent) und das Schulsystem (13 Prozent). Immerhin 11 Prozent der Befragten aus Luxemburg sehen die „Immigration“ als Problem.

Wissenschaftliche Seriosität?

Wenige Monate vor der Europawahl ist die Frage nach der Meinung der Menschen in Luxemburg zu Europa von einiger Brisanz. Die Antworten sind es ebenfalls: Nur drei Prozent der Befragten haben ein sehr positives Bild der europäischen Union, 37 Prozent ein positives. 15 Prozent haben ein negatives Bild von Europa, fünf Prozent ein sehr negatives. Pikant dabei ist im Kontext der Europawahl, dass 40 Prozent der Befragten keine Meinung zum Thema haben.

„Geschichte“, „Sprachen“ und „Kultur“ machen laut der Mehrheit der Luxemburger Befragten die europäische Union aus. „Frieden“, „Menschenrechte“ und „Demokratie“ sind die Werte, für die die Union steht. Allerdings waren im Fragenkatalog des Eurobarometers nur positive Antworten auf diese Fragen vorgesehen: Neben den genannten Grundwerten standen zum Beispiel noch „individuelle Freiheiten“ oder „Rechtsstaatlichkeit“ zur Auswahl. Sozialabbau, Aufrüstung, Abschottung oder ähnliches blieben dagegen unberücksichtigt. Wenig verwunderlich, wenn man weiß, dass das Eurobarometer von der europäischen Kommission selbst in Auftrag gegeben wird. Allerdings wirft das die Frage nach der wissenschaftlichen Seriosität der Umfrage auf. Die wurde schon öfters angezweifelt, so zum Beispiel von den beiden deutschen Sozialforschern Höpner und Jurczyk. In ihrem Aufsatz „Kritik des Eurobarometers“ konfrontierten sie die Fragen der Eurobarometer von 1995 bis 2010 mit den „zehn Grundregeln einer sauberen Umfrageforschung“ und fanden Verstöße gegen acht dieser zehn Grundregeln. Sie äußerten den „Verdacht strategischer Manipulation“ zu dem Zweck, „die Ergebnisse in eine pro-europäische, integrationsfreundliche Richtung zu lenken“, und bekundeten die Überzeugung, dass „die wissenschaftliche Integrität der Eurobarometer-Befragungen [...] mit einem großen Fragezeichen [zu] versehen“ sei. Joseph Bech würde angesichts solcher Methoden wohl vor Neid erblassen.

SHORT NEWS

Juncker chancenlos?

(rg) - Glaubt man den jüngsten Erhebungen von „PollWatch 2014“, einem vom EU-Parlament finanzierten Projekt, das den Verlauf der EU-Wahlen vom 22.-25. Mai genauer beleuchten will, so wird Jean-Claude Junckers Vorhaben, EU-Kommissionspräsident zu werden, scheitern. Nicht etwa, weil seine „liebe Angela“ ihn fallen ließe oder die Regierung Bettel-Schneider darauf bestünde, einen der ihren in die Kommission zu beordern. Der Grund ist ein anderer: PollWatch rechnet derzeit mit 217 Sitzen für die AnhängerInnen von Martin Schulz (2009: 194), derzeit EU-Parlamentsvorsitzender und Kandidat der Sozialdemokraten für den Kommissionsvorsitz, der somit, entsprechend einer ungeschriebenen Regel, gute Chancen hat, José Manuel Barroso abzulösen. Die CSV-Mutterpartei EVP käme mit 200 Sitzen (2009: 274) nur noch auf Platz zwei. Auch wenn PollWatch zur Vorsicht mahnt und betont, dass es noch zu Veränderungen kommen kann, ist die Ausgangssituation für die EVP so ungünstig wie schon lange nicht mehr. Was sie an Stimmenanteilen einbüßt, kommt vor allem den Konservativen und der extremen Rechten zugute - etwa in Frankreich. Insgesamt werden die drei großen Fraktionen (Sozialdemokraten, EVP und Liberale) nur mehr etwa 65 statt wie bisher 72 Prozent der EU-Abgeordneten stellen. Den Grünen werden derzeit 44 Sitze (2009: 58) zugetraut, was auch bedeutet, dass die Linke Fraktion mit erwarteten 56 Sitzen (2009: 35) zur viertgrößten Fraktion aufsteigen wird. Dass Juncker in Luxemburg erst gar nicht für das EU-Parlament kandidieren will, hat wohl auch mit dem möglichen Wahlausgang in Luxemburg zu tun. Obwohl die CSV 2009 nur etwa ein Drittel der Stimmen erreichte, kaperte sie - wie bei den Wahlen davor - die Hälfte der sechs Sitze. Der dritte Sitz könnte - laut Pollwatch - diesmal sogar dann kippen und an die ADR fallen, wenn die CSV stimmenmäßig nicht viel verlieren sollte. Zwei Wahlschlappen innerhalb eines Jahres, das wäre des Bösen doch zu viel.

Fabrique d'asphalte : Gira ne convainc pas

(lc) - Jeudi dernier, le secrétaire d'Etat au Développement durable et aux Infrastructures, le Vert Camille Gira, s'était donc déplacé à Esch. Cela afin d'expliquer aux habitant-e-s en colère pourquoi il avait fait volte-face en donnant le feu vert à une fabrique d'asphalte, qu'il avait combattue encore quelques mois plus tôt, quand il n'était que député. Les « Minettsdäpp » n'étant pas dupes, ils ont fait sentir à Gira leur colère et leur déception à force d'interruptions pendant tout son discours. Il faut ajouter que le secrétaire d'Etat n'avait probablement pas saisi la dimension de l'ire populaire - comment expliquer autrement certains propos plutôt arrogants, comme « Je n'avais nullement besoin de venir ici » ? Les discussions ont surtout porté sur la pollution et les leviers dont dispose le ministère pour forcer une entreprise de respecter les normes. Malheureusement, les précautions et les maigres moyens de répression du ministère n'ont pas convaincu grand monde. Ni d'ailleurs la proposition d'améliorer la sécurité routière sur la bretelle d'accès avec de nouveaux feux rouges. Si bien que les communes d'Esch, de Schifflange et de Mondercange vont examiner la possibilité d'un recours devant le tribunal administratif, vu que certains édiles locaux ne sont pas convaincus du bien-fondé de cette autorisation. Toujours est-il que cette soirée a, au moins, porté ses fruits dans l'immédiat : ce mercredi, les Ponts et Chaussées ont annoncé avoir fermé la bretelle d'accès à l'autoroute longeant le site « Um Monkeler » « en raison de nouveaux encrassements ». Sauf que ces « encrassements » ne sont pas « nouveaux » et que la fermeture risque surtout de produire des embouteillages. Mais, au moins, personne ne pourra prétendre que Camille Gira n'aura pas réagi.

Neutralité du net - enterrée le 24 février ?

(lc) - Lundi prochain pourrait être un jour funeste pour les libertés sur Internet. En effet, la commission de l'industrie du Parlement européen s'apprête à voter un rapport émanant de l'eurodéputée conservatrice espagnole Pilar del Castillo Vera, jugé désastreux par les ONG et associations de défense comme « La quadrature du net ». Le rapport en question donnerait la possibilité aux opérateurs de réduire les flux d'informations pour certains services, comme le P2P, jugé nuisible par l'industrie, et d'en favoriser d'autres comme YouTube ou Netflix. En d'autres mots, sous couvert de la guerre contre le piratage, la neutralité du net est bafouée.